

Bild: Pixabay

Artikel in dieser Ausgabe

1. Gut angefangen?!
2. Im Jahr 2017
3. Rütteln an der Sicherheitsstruktur
4. Politiker wollen technische Aufrüstung
5. Evaluation sorgt für Gesprächsstoff
6. Tarifverhandlungen in 2017

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Gut angefangen?!

Um den Jahreswechsel zeigt sich das neue Jahr weiter sicherheitspolitisch brisant und politisch turbulent.

Anfang Dezember wirkte es wie ein Jungenstreich: eine Tasche mit Feuerwerk und Wunderkerzen hatte im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen einen Polizeieinsatz ausgelöst.

Die Tasche mit einem mit Sprengpulver gefüllten Konservenglas wurde in einem Gebüsch nahe dem Rathaus entdeckt. Bald stand fest, dass offenbar ein Zwölfjähriger versucht hatte, die selbstgebaute Bombe auf dem dortigen Weihnachtsmarkt zu zünden. Glücklicherweise schlug der Anschlag fehl. Mit dieser Information gingen die Behörden einen Tag vor dem unbegreiflichen Lkw-Anschlag mit zwölf Toten auf einen Berliner Weihnachtsmarkt an die Öffentlichkeit.

Die Entschlossenheit und Handlung des Zwölfjährigen gibt den Ermittlern Rätsel auf. Offenbar stand der Junge via Messenger im Kontakt mit radikalen Islamisten. Fraglich ist, wer genau den Jungen bei seiner angeblichen Tat antrieb. Das Magazin «Focus» hatte unter Berufung auf Justiz- und Sicherheitsbehörden berichtet, dass nach Erkenntnissen der Ermittler der in Ludwigshafen geborene Deutsch-Iraker stark religiös radikalisiert sei und dass er von einem unbekanntem Mitglied der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) angestiftet worden sein könnte. Der Südwestrundfunk berichtete, der Junge sei über den Messengerdienst Telegram angeleitet worden und die Spur führe zum IS.

Wer auch immer den Jungen zu dieser Tat bewogen hatte, Fachleute reagierten auf das kindliche Alter des mutmaßlichen Täters wenig überrascht. «Es wäre nicht neu, dass Terrororganisationen versuchen, Kinder zu rekrutieren und zu instrumentalisieren», sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt. Damit hat er nicht Unrecht. Immer wieder binden

Terroristen in den Krisengebieten unschuldigen Kindern und Frauen Mienen und Sprengfallen um den Körper, um diese unauffällig an den arglosen Zielen platzieren zu können. Die Träger dieser heimtückischen Bomben sind für die Fanatiker meist nur Mittel zum Zweck. Warum sollten Terroristen vor dem, was in den Krisengebieten an der Tagesordnung ist, hierzulande zurückschrecken?

Fakt ist, Kinder stehen in Deutschland überhaupt noch nicht im Fokus von Präventionsmaßnahmen. Schon in der Grundschule müsste damit begonnen werden, Widerstandsfähigkeit gegen extremistische Ideologie aufzubauen, sagt die Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam der Universität Frankfurt, Susanne Schröter, der Deutschen Presse-Agentur.

Nach den zahlreichen Übergriffen auf Frauen in Köln zu Silvester im vergangenen Jahr, wollten unsere Polizeikollegen in der Domstadt unbedingt verhindern, dass sich so etwas wiederholt.

Erfolgreich, denn das Großaufgebot der Polizei und ein entschlossenes Einschreiten hatten Gewalt und Übergriffe in der Silvesternacht deutlich begrenzt. Erneut ertete die Polizei heftige Kritik. Die Bundeschefin der Grünen, Simone Peter, hatte sich als

Erste kritisch über den Kölner Einsatz geäußert. Es stelle sich die Frage nach der Verhältnis- und Rechtmäßigkeit, «wenn insgesamt knapp 1.000 Personen alleine aufgrund ihres Aussehens überprüft und teilweise festgesetzt worden seien». Völlig inakzeptabel sei aus Sicht der Bundesgrünen auch der polizeitaktische Begriff «Nafri» gewesen. Der Kölner Polizeipräsident Jürgen Mathies bedauerte die Verwendung der Bezeichnung «Nafri» für Nordafrikaner in einem öffentlichen Tweet der Polizei, verteidigte die Kontrollen aber als absolut notwendig. Der Begriff «Nafri» wurde nicht benutzt, um Menschen aus Nordafrika pauschal abzuwerten, sagte Ernst Walter, der Vorsitzende der Deutschen Bundespolizeigewerkschaft (DPoIG), der Deutschen Presse-Agentur. «Das ist lediglich eine polizeinterne Abkürzung für nordafrikanische Intensivtäter und ist keinesfalls rassistisch oder als Schimpfwort gemeint.»

Immerhin sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD): «Leider wird die gute Polizeiarbeit durch die Diskussion um einen einzigen Tweet der Kölner Polizei überlagert.» Auch die Bundesregierung zeigte sich mit dem Verlauf der Silvesternacht 2016/2017 zufrieden. □

Quelle: dpa



Bild: Pixabay

Die ID-Redaktion wünscht allen Lesern, Freunden und Mitgliedern der DPoIG Baden-Württemberg ein gutes neues Jahr 2017.

Im Jahr 2017 ...

Interessantes aus der Inforeihe DPoIG-INFO-Service 55+.

...erfolgt die Einführung der sogenannten **Flexi-Rente**. Die Idee zu dem Ansatz sowie die Prägung des Begriffs „Flexi-Rente“ gingen vom Bundestagsabgeordneten Carsten Linnemann aus. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Diskussion um die Einführung einer „Rente mit 63“ wurde im Februar 2014 beschlossen, ein Konzept für einen flexiblen Renteneintritt zu entwerfen. Im Laufe der politischen Auseinandersetzung wurde die Initiative um die Frage des Hinzuverdienstes bei Teilrenten erweitert.

...gibt es ab Juli insgesamt **mehr Rente** – erwartet wird eine circa 2%-Steigerung.

...beginnen am 18. Januar in Berlin die **Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)**. Hiervon sind mehr als drei Millionen Beschäftigte betroffen, unter anderem eine Million Tarifbeschäftigte der Länder, sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen. Auf diese der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Weitere Verhandlungstermine wurden für den 30./31. Januar 2017 (Potsdam) und 16./17. Februar 2017 (Potsdam) verabredet.

...kommt die **bisher größte Reform der Pflegeversicherung** mit den neuen Pflegestärkungsgesetzen zum Tragen. Viele Verbesserungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürften sich einstellen. Die wohl sichtbarste Veränderung ist die Umstellung der bisherigen 3 Pflegestufen in die neuen 5 Pflegegrade. Für die Versicherten und vor allem für diejenigen, die bereits Leistungen aus der Pflegepflichtversicherung erhalten, gibt es dabei zwei gute Nachrichten:

a) Für alle bisherigen Leistungsbezieher gibt es einen Bestandsschutz, der

ihnen garantiert, dass sich ihre Leistungen nicht verschlechtern werden.

b) Außerdem erfolgt die Überführung von den Pflegestufen in die neuen Pflegegrade automatisch durch die Pflegeversicherungen. Die Empfänger von Leistungen müssen selbst nichts unternehmen.

...gibt es einen weiteren gesetzlichen Feiertag: Den **Reformationstag** am 31. Oktober.

...wird im Frühjahr die **Evaluation der Polizeireform** erfolgen. Die jüngst veröffentlichte anonyme online-Umfrage der Polizeibeschäftigten stellte dieser ein eher schlechtes Zeugnis aus.

...muss die **Steuererklärung erst am 31. Juli beim Finanzamt** vorliegen, bisher war dies Ende Mai notwendig. „Neu-Rentner“ sollten aufpassen, ob sie steuerpflichtig werden. Denn der Anteil am Ruhegeld, der steuerpflichtig ist, steigt wie in jedem Jahr um zwei Prozentpunkte auf nun 74 % der gesetzlichen Rente. Umgekehrt erkennt das Finanzamt jährlich aber auch zwei Prozentpunkte mehr von den Aufwendungen für die Vorsorge als steuermindernd an. 2017 sind es 84 % der dafür erfolgten Ausgaben.

...lohnt es sich **einen neuen Staubsauger kaufen**. Denn ab September dürfen in der EU keine Geräte mehr verkauft werden, die mehr als 900 Watt leisten. ☐



Bild: Pixabay

Rütteln an der Sicherheitsstruktur

Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor polizeifreien Zonen in Deutschland

Anfang Januar reagierte der Bundesinnenminister mit neuen Vorschlägen auf die anhaltende Terrorgefahr. Allerdings greifen diese stark in die Kompetenzen der Länder ein. Entsprechend groß und frostig ist der Wind, welcher dem Minister entgegen bläst.

Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** (CDU) hat mit seinem Vorstoß für eine Beschneidung der Länder-Befugnisse in Fragen der inneren Sicherheit scharfe Kritik ausgelöst. Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen lehnten die Vorschläge ab. Die innenpolitische Sprecherin der Linken-Bundestagsfraktion, **Ulla Jelpke**, sah darin gar den Einstieg in einen autoritären Polizeistaat.

De Maizière hat angesichts der Terrorgefahr in Deutschland deutlich mehr Kompetenzen für den Bund in der inneren Sicherheit vorgeschlagen. In Form einer Stärkung des Bundeskriminalamts (BKA), eine Abschaffung der Landesämter für Verfassungsschutz zugunsten einer stärkeren Bundesverwaltung, eine weiteren Ausbau der Bundespolizei, mehr Befugnisse des Bundes bei Abschiebungen sowie Einsatzmöglichkeiten für die Bundeswehr im Inland.

Derartige Versuche der Zentralisierung von Kompetenzen der inneren Sicherheit beim Bund waren immer wieder auf großen Widerstand bei den Ländern gestoßen.

Innenexperten der Union im Bundestag bewerteten den Vorstoß de Maizières unterschiedlich. Der Vorsitzende des Parlamentsgremiums zur Kontrolle der Geheimdienste und ehemaliger Polizist aus Baden-Württemberg, **Clemens Binninger** (CDU), sagte: „Die Vorschläge haben meine volle Unterstützung, weil sie deutlich machen, dass wir es mit einer Dimension des internationalen Terrors zu tun haben, wo der Föderalismus zwangsläufig an seine Grenzen kommen muss, teilweise schon gekommen ist.“

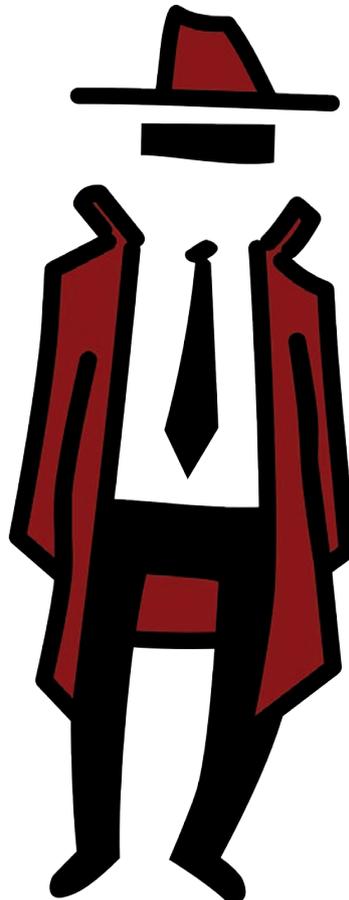


Bild: Pixabay

Symbolbild: Bundesinnenminister de Maizière forderte unter anderem eine Verstärkung des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Nordrhein-Westfalens Innenminister **Ralf Jäger** (SPD) warnte hingegen, Zentralisierung führe zu Behäbigkeit im Kampf gegen den Terrorismus.

Ähnlich äußerte sich sein Parteivorsitzender **Sigmar Gabriel**. Über die Vorschläge de Maizières könne man diskutieren, sie liefen aber auf eine Föderalismusreform hinaus, die Jahre dauern könnte. Er selbst zeigt sich offen für mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder eine härtere Abschiebepaxis.

Gabriel kritisierte zugleich die Fokussierung von CDU und CSU auf Gesetzesverschärfungen und plädierte dafür, auch den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken, etwa durch mehr soziale Sicherheit. Der Chef der Deutschen Polizeigewerk-

schaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, warnt hingegen vor „polizeifreien Zonen in Deutschland“. Parallelgesellschaften im Bereich des Strafrechts würden sich etablieren und verstärken, wie es schon im Zivilrecht stattgefunden habe. „Das Jahr 2017 muss ein Jahr der Strafverfolgung sein. Und zwar der konsequentesten Strafverfolgung für diejenigen, die glauben, sich nicht an die Gesetze in Deutschland halten zu müssen“, erklärte Wendt. Sonst könnte es zu rechts- und polizeifreien Zonen kommen.



Bild: Pixabay

Die **Deutsche Polizeigewerkschaft** (DPoIG) begrüßte die vorgeschlagene Einrichtung von Abschiebezentren. Diese seien geeignet, die Überforderung mancher Länder bei der Durchsetzung der Abschiebung zu beseitigen, teilte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt mit. Auch Bremens Innensenator **Ulrich Mäurer** (SPD) signalisierte beim Punkt Abschiebungen Zustimmung. Um überführte Straftäter in ihre Heimatländer abschieben zu können, bräuchten die Bundesländer dringend den Bund an ihrer Seite. □

Quelle: dpa, akte.20.17

Politiker wollen technische Aufrüstung Angesichts der Terrorgefahren und einer bevorstehenden Bundestagswahl zeigen sich auch verschlossen gewesene Köpfe offen für vieles.

Noch nicht allzu lange ist es her, als Grüne-Politiker fast gebetsmühlenartig Personalkürzungen beim Landesverfassungsschutz in Erwägung zogen. Offenbar sind diese Zeiten vorbei.

Die Grünen-Landtagsfraktion hat sich für eine härtere Gangart gegen islamistische Gefährder ausgesprochen. In einem auf der Fraktionsklausur in Neckarsulm einstimmig beschlossenen Papier heißt es: „Wir müssen die Gefährder gezielter in den Blick nehmen.“ Es sei nötig, bei Bedarf die Grundrechte von Gefährderten einzuschränken und eine Ausreise aus Deutschland durchzusetzen. Dazu wolle man alle rechtsstaatlichen Instrumente prüfen.

Das Ziel sei, dass die Menschen in Baden-Württemberg in Sicherheit und Freiheit leben können. Als Leitmotto gelte, als Staat stets besonnen zu handeln und die Balance zwischen den Sicherheitsinteressen des Landes und den Freiheitsrechten der Bürger zu wahren. Die Grünen ziehen damit mit ihrem Koalitionspartner, der CDU, die den Innenminister stellt, im Wesentlichen an einem Strang.

Als Konsequenz aus dem Terroranschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin mit zwölf Toten wollen CDU und Grüne zudem das Landesamt für Verfassungsschutz stärken. Einige Stellen, die im Haushalt 2017 für die Polizei vorgesehen sind, sollen für den Verfassungsschutz umgewidmet werden. Laut dem Grünen-Innenexperten Uli Sckerl gehe es um etwa 20 Stellen. DPoIG-Landesvize Oliver Auras sagte dazu, man könne schlecht mehr Sicherheit produzieren, indem die Polizei zugunsten des Verfassungsschutzes personell geschwächt werden. Dies sei eine Milchmädchenrechnung, denn beide Organisationen



Bild: Pixabay

tragen einen jeweils eigenen und grundverschiedenen Beitrag zur inneren Sicherheit bei.

Laut Sckerl seien die Grünen auch bereit, der Polizei mehr gezielte Videoüberwachung zu ermöglichen als bisher und offen für die Prüfung einer von der CDU geforderten Gesetzesänderung. Diese will insbesondere den Einsatz „intelligenter Videoüberwachung“, vorantreiben. Diese beschränke sich nicht auf die Erfassung und Speicherung, sondern verarbeitet die Sequenzen mit Hilfe einer Bildauswertungssoftware. „Das System vergleicht die Daten mit vorgegebenen Mustern. Es schlägt zum Beispiel

Alarm, wenn eine Person länger am Boden liegt oder ein Gepäckstück nicht bewegt wird,“ sagte der Innenexperte Thomas Blenke (CDU). Auch sollen die Sicherheitsbehörden im Land technisch besser ausgestattet werden, um Gefährder effektiv überwachen zu können. Entsprechende Mittel würden bereits im Haushalt 2017 beantragt, heißt es in dem Papier der Grünen. Die CDU will sich dafür einsetzen, einmalig eine Million Euro für technische Ausrüstung zur Überwachung von Gefährderten einzusetzen. Die soll vor allem den Mobilien Einsatzkommandos zugute kommen. □

Quelle: dpa, Südwestpresse



Evaluation sorgt für Gesprächsstoff Über mögliche neue Präsidien und Gebietszuschnitte.

Über die Ergebnisse der Evaluation der Polizeireform will oder kann noch niemand öffentlich reden. Zumal die Untersuchung noch in vollem Gange ist. Ganz offenbar sind räumliche Zuschnitte von Präsidien, die sich nicht als sinnvoll herausgestellt haben, ein brennendes Thema.

Seit fast einem Jahrzehnt erleben wir in Baden-Württemberg, dass das Thema Innere Sicherheit nicht zu mehr Personal und deutlich verbesserter Ausrüstung führt. Der überall präsente personelle Mangel gehört für viele Kolleginnen und Kollegen ab der Versetzung in den Einzeldienst schon leider zum Normalzustand. Den aber heftigsten sicherheitspolitischen Tiefschlag der grün-roten Landesregierung haben wir bei Weitem noch nicht verkräftet. Mit der Polizeireform wurde alles, was die Polizeibeschäftigten trotz schlechter und schlechter werdenden Rahmenbedingungen mit persönlichem Einsatz und Engagement erarbeitet hatten, zunichte gemacht. Heute funktioniert diese Polizei vielerorts nur noch aufgrund der unglaublichen Leidens- und Improvisationsfähigkeit der Beschäftigten.

Personell stehen wir am Abgrund. Und unsere Familien tragen diesen Abmangel mit. Solange es noch irgendwie geht. Aber eine Normalität mit regulären, planbaren Einsätzen der Bereitschaftspolizei mit über zehn, oft sogar über zwölf Stunden, ständige Aufrufe der Alarmhundertschaften in den Freischichten und die ständige Notwendigkeit, in den Schichtdiensten mit Sonderschichten den Apparat am Leben zu erhalten, haben schon längst das Normalmaß weit überschritten.

Der Politik scheint es „bisher“ egal zu sein, dass wir Kriminalitätsquoten haben, bei denen wir im Zehnjahresvergleich die dritt- oder viertschlechtesten Plätze belegen. Es scheint nicht zu interessieren, dass wir nicht

nur vor dem Kollaps stehen, sondern schon mit deutlicher Atemnot arbeiten. Eines ist dabei sicher: Wir arbeiten hart und weit über das normale Maß hinaus – wir sind unser Geld wert – und zwar jeden Cent!

Unter Baden-Württembergs Ordnungshütern gibt es bekanntermaßen eine breite Unzufriedenheit mit der vor drei Jahren gestarteten Polizeireform. Heute wissen wir, dass die DPoIG mit all der Kritik und den Befürchtungen gegenüber der schnell umgesetzten Reform Recht hatte. Die Bevölkerung leidet darunter und auch die Polizeibeschäftigten leiden darunter, denn sie wollen die bestmögliche Sicherheit gewährleisten. Und dazu fehlt ihnen nicht nur Personal. Deshalb ist es nicht unverfroren, jetzt das Stellen der richtigen Weichen zu fordern, damit die Polizei mittel- wie langfristige gute Polizeiarbeit leisten kann. Daran arbeitet das Projekt Evaluation Polizeireform (EvaPol) auf Hochdruck.



Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender

Landauf, landab sind aktuell nicht nur Kommunen und Abgeordnete in Aufruhr, als einige mögliche Veränderungen, insbesondere auch überraschende Korrekturen an den Gebietszuschnitten der Regionalpräsidien und die Bildung neuer Präsidien, durch die Medien geisterten. Auch das Personal ist vielerorts nachvollziehbar unruhig geworden.

Als Vorsitzender des Hauptpersonalrats und Mitglied im Lenkungsausschusses zur EvaPol sage ich, dass in dieser Phase des Projektes noch gar nicht über Zuschnitte der Polizeipräsidien berichtet und diskutiert wurde.

Nichts ist entschieden, bevor es nicht auch beschlossen wurde. Lassen Sie sich nicht von spekulativen Theorien oder nur halben Wahrheiten in der medialen Berichterstattung verunsichern. □

DBB ERNEUT MIT KRÄFTIGEM ANSTIEG DER MITGLIEDERZAHLEN

Der dbb beamtenbund und tarifunion kann erneut einen kräftigen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Zum Jahresende 2016 (Stand 1. Dezember) waren insgesamt 1.306.019 Mitglieder unter dem Dach des dbb organisiert, das sind 11.617 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

„Wir werten diesen Zuwachs als Stärkung unserer Durchsetzungsfähigkeit und als Bestätigung für den gewerkschaftspolitischen Kurs unserer Organisation“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 30. Dezember 2016 zur Veröffentlichung der neuen Verbandsstatistik in Berlin.

Im dbb sähen Beamte und Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche ihre Interessenvertretung in guten Händen. „Dafür spricht auch, dass die dbb-Mitgliederzahlen seit Jahren kontinuierlich steigen“, so Dauderstädt. „Wir nehmen diesen Zuspruch auch als Rückenstärkung mit in die kommende Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder, die Mitte Januar 2017 startet.“

Von den 1.306.019 Mitgliedern sind 919.417 Beamte (4.161 mehr als 2015) und 386.602 Angestellte (ein Zuwachs von 7.456 gegenüber dem Vorjahr). In den Reihen des dbb organisiert sind 423.870 Frauen (2015: 414.177) und 882.149 Männer (1.924 mehr als 2015).

Unter dem Dach des dbb sind Landesbünde in allen 16 Bundesländern sowie 43 Mitgliedsgewerkschaften vereint, die Beamte und Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche organisieren.

Quelle: dbb

Tarifverhandlungen in 2017

Die DPoIG Baden-Württemberg unterstützt die Verhandlungsführer des dbb beamtenbund tarifunion.



6 Prozent Einkommensplus lautet die Forderung für die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder

Wir haben Nachholbedarf! Diese Forderung ist angesichts des Rückstandes der Landesbediensteten auf die Einkommen der Bundes- sowie Kommunalbeschäftigten dringend geboten. Die Kolleginnen und Kollegen des Landes leisten genauso verlässlich und kompetent ihren Dienst.

Zudem soll eine soziale Komponente in Form eines Sockelbetrages bei den unteren Entgeltgruppen, die bei den Tarifbeschäftigten der Polizei des Landes Baden-Württemberg den weitaus größeren Teil ausmachen, für einen spürbaren Gehaltszuwachs sorgen.

Steigende Beiträge zur Krankenversicherung, stärkere Eigenvorsorge bei der Rente und das womöglich mit einem befristeten Arbeitsvertrag, dazu kommen Personalmangel und zunehmende Arbeitsverdichtung, das sind keine Optionen, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern.

Nicht akzeptabel!

So eine erste Reaktion des Verhandlungsführers Peter-Jürgen Schneider auf Seiten der TdL.

Diese Verweigerungshaltung ist nicht neu, aber auch keinesfalls zu akzeptieren.

Am 18.01.2017 findet die erste Verhandlungsrunde in Berlin statt. Wir, die Tarifvertretung der DPoIG Baden-Württemberg, sind derzeit in Vorbereitung verschiedener Aktionen, um unsere Forderungen kraftvoll zu untermauern. Sollte die TdL bei dieser Verweigerungshaltung bleiben, muss sie mit unserem Widerstand rechnen.

Und wir rechnen dann mit Euch!

Wir fordern:

Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent, darin enthalten:

- ein Mindestbetrag als soziale Komponente
- Stufengleiche Höhergruppierung

Auszubildende:

- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 90 Euro
- Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage
- Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber
- Übernahme aller Auszubildenden

Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich

Weiterentwicklung der allgemeinen Entgeltordnung im Bereich der TdL

Ausschluss sachgrundloser Befristungen

Anhebung der Vollzugs- und Feuerwehrzulage auf die Höhe der beamtenrechtlichen Zulage

Laufzeit 12 Monate